



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

A3

Antrag

Initiator*innen: Andreas Luttmmer-Bensmann und Stefan-B. Eirich (KAB)

Titel: **Menschenwürde darf nicht von der Kaufkraft abhängen**

Antragstext

1 Die Versammlung möge beschließen:

2 Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken nimmt das Positionspapier
3 „Menschenwürde darf nicht von der Kaufkraft abhängen“ zur Kenntnis und fordert
4 auf dieser Grundlage zu einem Diskurs in kirchlichen Gremien, Institutionen und
5 Organisationen auf.

6 **Menschenwürde darf nicht von der Kaufkraft abhängen**

7 Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, Populismus und
8 Fremdenfeindlichkeit, demographischer Wandel und die Angst abgehängt zu werden,
9 sind in unserer Gesellschaft unverkennbar. Diese Anzeichen zeigen, dass wir
10 täglich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ringen müssen. Nüchtern müssen
11 wir feststellen, dass Religion allein nicht automatisch zu mehr
12 gesellschaftlichem Zusammenhalt führt. Nächstenliebe, Versöhnung und Beteiligung
13 sind aus dem Glauben geprägte Werte, die es immer wieder neu zu gestalten gilt.

14 Für uns Christinnen und Christen ist klar, dass soziale Gerechtigkeit und
15 gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht voneinander zu trennen sind. Sie hängen in
16 entscheidender Weise voneinander ab. Soziale Gerechtigkeit berührt aus unserer
17 Sicht mindestens zwei Aspekte:

- 18 • Die Idee einer Bedingungslosigkeit. Unser Engagement schöpft aus der
19 Überzeugung, dass Gott sich uns bedingungslos schenkt. Seine Zusicherung,

20 bei uns zu sein bis ans Ende aller Tage, ist nicht an Voraussetzungen
21 geknüpft. Aus dieser Grundüberzeugung ergibt sich für uns die Frage: Wie
22 können aus dem Zusichern der Bedingungslosigkeit Gottes politische Impulse
23 für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erwachsen? Wir brauchen
24 Initiativen, die es Menschen ermöglichen, ihre Lebensverhältnisse selbst
25 in die Hand zu nehmen und die ihnen notwendige Solidarität der
26 Gemeinschaft zukommen zu lassen.

- 27 • Der Ausgleich untereinander, der finanziell und beteiligend zu sehen ist.
28 Wir lassen uns von der Idee leiten, dass Gemeinwohl und Einzelwohl, die
29 Aufgaben und Grenzen sowohl staatlicher Einrichtungen als auch
30 wirtschaftlicher Unternehmen, in einen Ausgleich gebracht werden können.
31 Hier gilt es über Initiativen nachzudenken, die für uns unerlässlichen
32 Prinzipien des Gemeinwohls und der Nachhaltigkeit zu stärken. Genauso wie
33 der Staat sich nicht dem Markt unterwerfen darf und Sozialpolitik immer
34 mehr sein muss als ein Anhängsel der Gesetzgebung, bedarf es auch einer
35 Perspektive, die über die eigene Generation hinausgeht.

36 In einer Gemeinschaft, die sich als christlich geprägt versteht, darf die
37 Menschenwürde nicht von der Kaufkraft abhängen. Ein gutes Leben für alle ist
38 möglich und darf nicht vom Konsum vereinnahmt werden, es ist mehr als
39 materieller Reichtum.

40 Eine dem Gemeinwohl verpflichtete Politik sorgt für Ausgleich und Mitbestimmung.
41 Gerade Beschäftigte und ihre Familien, junge und alte Menschen sind auf ein
42 „gerechtes Regieren“ angewiesen. Für uns liegt ein erster Schritt zum sozialen
43 Ausgleich, zu mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem gerechteren
44 Steuersystem. Steuerschlupflöcher müssen gestopft, Steueroasen beseitigt werden.
45 Nach wie vorerachten wir eine Finanztransaktionssteuer für unverzichtbar.

46 Doch diese Schritte allein werden nicht ausreichen. Ein umfassender sozialer
47 Ausgleich wird erst durch ein bedingungsloses Grundeinkommen möglich. Wie nötig
48 es ist, zeigt sich derzeit an zwei elementaren Schnittstellen des Lebens – am
49 Anfang und im Alter. Das Bündeln der zersplitterten Unterstützungsleistungen für
50 Kinder zu einer Grundsicherung, die Hilfen unbürokratisch und
51 diskriminierungsfrei ermöglicht, ist genauso ein Gebot der Stunde wie eine
52 Grundrente. Auch die Absicherung in Alter muss aus unserer Sicht ohne
53 Bedürftigkeitsprüfung erfolgen – mithin bedingungslos.

54 Gesellschaft und Arbeitswelt wandeln sich durch Phänomene wie Globalisierung und
55 Digitalisierung deutlich. Spätestens wenn durch die Folgen der Digitalisierung
56 Erwerbsarbeit weniger wird, ist mit einer Vertiefung der sozialen Unterschiede

57 zu rechnen. Anzustreben ist eine Gesellschaft, in der jegliche Form menschlicher
58 Arbeit, private Tätigkeit, gemeinwesenbezogene Tätigkeit und erwerbsbezogene
59 Tätigkeit als gleichwertig betrachtet wird. Im Hinblick darauf und als
60 Unterstützung muss eine andere Form der Besteuerung von Arbeit realisiert
61 werden. Eine Wertschöpfungsabgabe ist nicht nur Alternative, sondern ermöglicht
62 weiter Schritte in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

63 Wohlstand ist für uns etwas anderes als die bloße Anhäufung von Reichtümern.
64 Unter den Stichworten Bildung und Beteiligung steht die Mitbestimmung und die
65 Befähigung dazu im Mittelpunkt. Die Teilhabe an den politischen Prozessen in
66 Kommunen, Land und Bund sowie die Mitbestimmung in den Betrieben lassen die
67 Demokratie erst lebendig werden. Das Ringen um gerechte Löhne, faire
68 menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie vernünftige soziale Absicherungen
69 stehen an oberster Stelle. Über seine Zeit frei verfügen zu können ist ebenso
70 Wohlstand, wie eine Arbeit, die Sinn ergibt und Freude macht. Für uns ist daher
71 unerlässlich, dass Mitbestimmung auf allen Ebenen gewährleistet wird.

72 Wohlstand, Beteiligung und Zuversicht sind untrennbar mit gesellschaftlichem
73 Zusammenhalt verbunden. Während kleine Gemeinschaften Geborgenheit geben, drohen
74 größere Zusammenhänge aufgrund vermeintlicher Ängste vor dem Fremden
75 auseinanderzudriften. Zudem ist die Wahrnehmung zwischen den Generationen, was
76 gesellschaftlicher Zusammenhalt sein sollte, verschieden und spiegelt sich in
77 differenzierten Ängsten und Vorbehalten wider.

78 Wir erwarten, dass die Kirche deutliche Impulse setzt. Impulse für eine von
79 Nächstenliebe, Vernunft, Versöhnung und Bedingungslosigkeit – um nur einige zu
80 nennen – geprägte Gesellschaft. Wir können diese Ideale nur dann erlangen, wenn
81 wir sie selbst leben. Das Evangelium liefert die passenden Erzählungen dazu; sie
82 müssen aber auch überzeugend umgesetzt und weitergegeben werden. Eine
83 Übersetzung der frohen Botschaft in den Alltag in Gottesdiensten, Andachten und
84 Gesprächen sehen wir als Mitgestaltung an der Zukunft – hin zu mehr sozialem
85 Ausgleich und Zusammenhalt in der Gesellschaft.

86 Wir fordern unsere Bischöfe auf, soziale Gerechtigkeit zur Bedingung des
87 Zusammenlebens zu machen und stärker in die Gesellschaft zu tragen. Die Kirche
88 muss sozialpolitisch auftreten und die Anliegen der Katholischen Soziallehre
89 verkünden, leben und vor allem von Politik und Wirtschaft einfordern. Wir sind
90 aufgefordert, stärker auf die Sorgen der Menschen zu hören. Gemeinsam gilt es,
91 Initiativen zu schaffen, die durch die Motive der Soziallehre und caritativer
92 Aspekte dazu verpflichten, dass Menschen die Möglichkeit gegeben wird, ihr Leben
93 selbst zu gestalten und dass sie durch die Gemeinschaft in Solidarität
94 unterstützt werden. Gemeinwohl und Nachhaltigkeit müssen als leitende Prinzipien
95 vorangestellt werden.

96 Wir betrachten aufmerksam die derzeit stark und vor allem durch Jugendliche
97 vorangetriebene Diskussion um den Klimaschutz und stellen nicht nur fest, dass
98 sich die junge Generation Sorgen um ihre Zukunft macht, sondern auch, dass im
99 Sinne Papst Franziskus' das Thema Umweltschutz zugleich immer auch ein soziales
100 Thema ist. Unsere Handlungen und Gewohnheiten haben Konsequenzen für Menschen in
101 anderen Teilen der Welt. Eine Globalisierung der Gerechtigkeit bedeutet dabei,
102 darauf hinzuwirken, dass ein sozialer Ausgleich auch in größerem Maßstab
103 stattfinden muss.

Begründung

Der Bundesausschuss der KAB Deutschlands hat dieses Positionspapier im Frühjahr 2020 beschlossen. Mit der Positionierung soll eine in der Kirche in Deutschland eine intensive Auseinandersetzung mit der Kommerzialisierung menschlichen Lebens angeregt werden.